



## Protokoll zum Workshop 2 – Mitbestimmung von Unternehmen kits.eco.de – Darmstadt, 22.11.2011

Ziel der zweiten Veranstaltung ist die Ausgestaltung der kooperativen Ausbildung in Abstimmung zwischen Hochschule und Unternehmen. Dies umfasst sowohl die Kooperationsmöglichkeiten bei der inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung des Studiengangs, als auch die Frage nach der Einbettung der Studierenden in einen umfassenden Ausbildungsprozess. Dabei wurde im Rahmen des Workshops seitens pp:Agenda eine Übersicht über relevante Ergebnisse aus einer Unternehmensbefragung vorgestellt.

Das Einstiegsthema der Diskussionsrunde betraf den Aufbau eines dualen Studienzentrums. Ein solches Studienzentrum soll den Studierenden bei Fragen das duale Studium betreffend behilflich sein. Als Beispiele seien Studienwahl, Hochschulzugang, Zulassung und die Organisation des Studiums genannt. Dabei wurde der Vorschlag eingeworfen, dass ein Studienzentrum entwickelt werden sollte, welches keine Doppelstrukturen aufweist, wie sie bereits an anderen Stellen vorhanden sind.

Die Hochschule Darmstadt rät dazu, bewusst auf inhaltliche Vorgaben für die einzelnen Praxisprojekte zu verzichten. Dies ist aktuell beim kooperativen Studiengang Informatik (KoSI) der Fall. Auch die Bewertung der Praxisphasen sollte weiterhin, wie auch beim KoSI, durch die Hochschulen erfolgen. Nach Meinung der Hochschule Darmstadt werden Bewertungen immer als sehr subjektiv eingestuft. Auch seien die Bewertungskriterien einer Prüfungsleistung für die Beteiligten oftmals sehr schwer einschätzbar. Daher erscheine ein „korrektiver“ Eingriff seitens der Studierenden in Entscheidungsprozesse als wenig zielführend.

In diesem Kontext stellte die Hochschule Darmstadt auch klar, dass man weder jene Studierenden, die in einem sehr innovativen Projekt arbeiten, dafür belohnen, noch solche dafür bestrafen könne, die in einem weniger innovativen Projekt tätig sind. Eine Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Praxisprojekte sei ohne Vorgaben der Hochschule Darmstadt nur schwer zu erreichen.

Mit Hinblick auf KoSI prüft die Hochschule die Anforderungen der gemeldeten Praxisprojekte gegen die bis dahin gelehrteten Studieninhalte und stimmt Nachbesserungen wenn nötig mit dem Unternehmen ab. Insofern existiere eine gewisse konstruktive Flexibilität. Es wird jedoch befürchtet, dass, sollte es strikte Vorgaben seitens der Hochschule geben, diese infrage kommende kleine und mittelständische Kooperationsunternehmen von einer Teilnahme an KITS abschrecken könnten.

Als Beispiel für dedizierte Vorgaben bestimmter Themen, die verpflichtend abzudecken sind, sei die Pharmaindustrie genannt. Hier erachten es Unternehmen für sinnvoll, Vorgaben darüber zu machen, welche Arten von Laborpraktika Studierende während ihres Studiums erarbeiten müssen, um einen guten Überblick über ihr Fachgebiet zu bekommen. Um dies zu gewährleisten stellen große Unternehmen kleineren entsprechende Laborräume mit Spezialausstattung zur Mitbenutzung bereit.

Der anschließende Diskussionspunkt betraf das Kooperationsmodell zwischen der Hochschule und dem Unternehmen am Beispiel von StudiumPlus: Das Curriculum der einzelnen Studiengänge ist über die jeweilige Prüfungsordnung geregelt. Dabei werden die Inhalte dieses Curriculums in enger Abstimmung mit den Unternehmen festgelegt. Hierzu wurde ein Kuratorium installiert, welches zu gleichen Teilen aus Unternehmensvertretern und Angehörigen der Hochschule besteht. Probleme könnten sich hierbei auf Seiten der KMUs ergeben. Großunternehmen haben im Unterschied zu KMUs stärkere Kapazitäten, um Personal für solche Aktivitäten abzustellen. Allerdings machen KMUs den Großteil der Unternehmenslandschaft in der Region rund um Darmstadt aus. Hier könnte ein Kompetenzzentrum, über welches sich die Betriebe fachlich einbringen können, überzeugen. Wichtig dabei wäre ein ständiger Austausch zwischen Hochschule und Unternehmen über aktuelle fachliche Themen. Auch der Nutzen eines solchen Kompetenzzentrums müsste klar kommuniziert werden (Struktur für insbes. KMUs und Großunternehmen).

Dabei solle insbesondere Wert auf eine Kommunikation zwischen Hochschule und Unternehmen gelegt werden. Die im Fachbeirat besprochenen Themen sollen und müssen über kommunikative Wege wieder in das Kompetenzzentrum gelangen. Die Kommunikation zwischen den Unternehmen könnte über ein Zentrum gut organisiert werden.

Im Bezug auf das Thema Fachkräfteentwicklung, wurde der Vorschlag gemacht, Lehrveranstaltungen gezielt als Recruitingstrategie für potenzielle Mitarbeiter zu nutzen. Auffällig sei das gerade Unternehmen, welche stark über den Mangel an Fachkräften klagen, aber auch sehr wenig Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung in Hochschulgremien zeigen. Doch gerade von hier aus könnten Sie ggf. auf eben solche Lehrveranstaltungen als Werbemittel zurückgreifen.

Des Weiteren werde der Fachkräftemangel in Region Darmstadt bislang nicht gebührend wahrgenommen. Hier existiere zwar aktuell noch genügend Nachwuchs, jedoch sollten sich die Unternehmen mit Hinblick auf die Zukunft mehr um Einbringung in den Nachwuchsgewinnungsprozess bemühen. Derzeit gebe es bereits Gespräche über die Errichtung eines Kompetenzzentrums für Fachkräfteentwicklung. Erste Ergebnisse dazu wird es im Frühjahr geben.

Im letzten Diskussionspunkt wurde besprochen, welche Einschränkungen es auf Seiten der Unternehmen in Bezug auf Beratungsthemen geben sollte. Die Gefahr sei, dass Betriebe einen zu starken Fokus auf ein Eigenmarketing legen könnten und dass dadurch die Inhalte und das Nutzen des Studiums in den Hintergrund gestellt werden könnten. Die Hochschule Darmstadt sieht hier jedoch keine Schwierigkeiten. An Grenzen würde man nur stoßen, wenn die Etablierung gewisser Themen eine Reakkreditierung erfordern würde. Am Beginn einer Studiengangsentwicklung stehen aber alle Themen offen. Die Organisation von Praxisphasen, neue Wahlpflichtfächer, etc., das alles sind Themen, die zu Beginn sehr gut berücksichtigt werden können.



Gefördert aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und der Europäischen Union - Europäischer Sozialfonds.